

Bericht

des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration

über die Drucksache

22/15346: „Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Antiziganismus und zur Förderung der gleichberechtigten Teilhabe der Sinti und Roma in Hamburg“⁽¹⁾, zugleich Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 29. September 2021 „Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Antiziganismus und zur Förderung der gleichberechtigten Teilhabe der Sinti:zze und Rom:nja in Hamburg“ (Drucksache 22/5772) (Senatsmitteilung)

Vorsitz: **Michael Gwosdz**

Schriftführung: **Dr. Carola Ensslen**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 22/15346 wurde am 12. Juni 2024 auf Antrag von SPD und GRÜNEN durch Beschluss der Bürgerschaft dem Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überwiesen. Dieser befasste sich in seiner Sitzung am 8. November 2024 abschließend mit der vorgenannten Drucksache. Als Senatsvertreterinnen und -vertreter waren auch Vertreterinnen und Vertreter der Sinti- und Roma-Communitys anwesend.

II. Beratungsinhalt

Der Vorsitzende regte einleitend an, auch die inhaltlichen Fragen zu den Drucksachen 22/13515, 22/13462 und 22/7341, die im inhaltlichen Kontext stünden, an dieser Stelle zu stellen. In die erstellten Berichte über die weiteren Drucksachen würden entsprechende Verweise zur Herstellung der Verknüpfung aufgenommen.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter führten aus, für viele Mitglieder der Sinti- und Roma-Communitys in Hamburg bedeute diese Ausschussberatung eine große Genugtuung, denn sie habe viele Jahre auf eine Strategie gedungen. Die Erstellung der Strategie sei unter Einbeziehung der Communitys erfolgt und von einer sehr guten Zusammenarbeit geprägt gewesen. Hamburg sei eine weltoffene Metropole, in der Rassismus und Diskriminierung keinen Platz hätten. Der Hamburger Senat trete für den Schutz der Menschenrechte, eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in allen Lebensbereichen sowie für die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ein. Sie stellten die Strategie anschließend unter Heraushebung der Eckpunkte vor. Sie erwähnten dabei auch das Partizipationsgremium, welches nach der parlamentarischen Sommerpause bereits einmal getagt habe und dessen nächste Sitzung im Dezember anstehe.

Ein Vertreter der Sinti- und Roma-Communitys lobte anschließend ausdrücklich die Mitarbeitenden aus der Sozialbehörde und unterstrich die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung der Strategie. Es sei etwas Einmaliges geschaffen worden, was nun mit

Leben gefüllt werden müsse. Zum Gelingen habe insbesondere beigetragen, dass vonseiten der Behörde sehr aufgeschlossene Menschen beteiligt gewesen seien. Davon getragen sei am 7. November 2024 als Abschluss der communityinternen Gespräche der Hamburger Bund der Sinti- und Roma-Verbände gegründet worden, wodurch die Behörden nunmehr einen direkten Ansprechpartner hätten. Besonders hervorzuheben sei, dass sich sehr viele junge Menschen bei dieser Entwicklung eingebracht hätten. Bereits seit 600 Jahren lebten in der Hamburger Region Sinti und Roma. Ebenso lange litten diese unter Verfolgungen, Vertreibungen und Ermordungen. Das Dritte Reich habe dann einen besonderen Einschnitt für die Entwicklung und die Kultur der Sinti und Roma bedeutet, der bis heute seine Narben hinterlassen habe. Die damalige Z[REDACTED]nachrichtendienststelle der Hamburger Kriminalpolizei sei unmittelbar an der Erfassung, Registrierung und Vorbereitung der drei Deportationen von Sinti und Roma beteiligt gewesen, bei denen Tausende umgekommen seien, unter ihnen ein vier Monate altes Kind. Diese NS-Polizei sei nach 1945 zwar neuemokratisiert und in Landfahrdienststelle umbenannt worden, habe aber zum Teil mit den gleichen Aufgaben und denselben Mitarbeitenden weitergemacht. Sogar mit der Mitarbeiterin für die Erstellung der rassendiagnostischen Gutachten für die Deportationen habe die Polizeidienststelle in Hamburg noch bis 1982 zusammengearbeitet.

Der Vertreter der Sinti und Roma nannte anschließend in der Strategie aufgeführte historische Ereignisse in Hamburg, mit denen es erst einmal positiv vorangegangen sei. Zu Beginn der 2000er-Jahre sei es dann eher merkwürdig geworden. Errungenschaften seien teilweise zurückgenommen worden oder zum Spielball geworden. Je nach politischer Ausrichtung des Senats seien Projekte an- und ausgeknipst worden. Viele Mitglieder der Communitys hätten den Umgang mit ihnen als Politik je nach Gusto der politischen Herrschaft bezeichnet. Vorangegangen sei es erst wieder mit den Menschen, die heute an der Regierung seien. Da sich die politischen Verhältnisse jederzeit wieder ändern könnten, bedürfe es in Hamburg dringend eines Staatsvertrages, wie es ihn in anderen Ländern schon gebe, um die Situation der Sinti und Roma abzusichern. Die Senatsstrategie sei zwar sehr gut und ein Türöffner, aber ohne Staatsvertrag werde es ein Lippenbekenntnis bleiben und viel Enttäuschung bei allen auslösen, die daran so engagiert mitgearbeitet hätten.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter zeigten sich sehr erfreut über die Gründung des Hamburger Bundes der Sinti- und Roma-Verbände. Damit stehe dem Senat nun eine einzige Interessensvertretung als Partner gegenüber, was der Diskussion über die Ausgestaltung eines Staatsvertrags Aufwind geben werde.

Der Vorsitzende begrüßte die Gründung des Hamburger Bundes der Sinti- und Roma-Verbände ebenso. Er bedankte sich auch für den Rückblick in die sprachlosmachende Geschichte in Bezug auf die Vernichtung der Sinti und Roma während des Nationalsozialismus. Ihn bewege zudem insbesondere, wie viel Zeit es in einer Demokratie und einer Gesellschaft, die sich ihrer Vergangenheit gestellt habe, gebraucht habe, dieses lange ertragene Unrecht aufzugreifen, für das eine Wiedergutmachung kaum möglich sei. Es bleibe fast nur nach vorne zu schauen, wobei er die deutlich gewordene Skepsis der Sinti- und Roma-Communitys aufgrund der wechselnden Politiken in der jüngeren Vergangenheit verstehen könnte. Mut könne machen, dass aktuelle Oppositionsfraktionen schon am Ersuchen mitgearbeitet hätten.

Die SPD-Abgeordneten erklärten, dies sei ein guter Tag für Hamburg und die internationale hamburgische Stadtgesellschaft, von der die Sinti und Roma ein Teil seien. Die aufgrund des interfraktionellen bürgerschaftlichen Ersuchens vom Senat erstellte Strategie sei sehr gelungen. Sie bedankten sich ausdrücklich bei den Sinti- und Roma-Communitys dafür, dass sich diese so stark eingebracht und mitgewirkt hätten. Die SPD-Abgeordneten hätten großen Wert darauf gelegt, dass das Thema nicht parteipolitisch instrumentalisiert werde, denn es gehe darum, die historische Verantwortung für den Völkermord an den Sinti und Roma zu übernehmen und sich dazu zu bekennen. Diese Strategie sei für sie keineswegs ein Abschluss, sondern bilde eine gute Grundlage für den Einstieg in einen Prozess, in dem die Strategie mit Leben gefüllt werde. Die Forderung eines Staatsvertrages sei nachvollziehbar. Den Senat fragten sie nach den Planungen für die in der Drucksache unter der Überschrift „4.2 Aufarbeitung und Selbstreflexion der Verwaltung“ angekündigte bundesweite und dezentrale Aufarbeitung und wie Hamburg sich diesbezüglich konkret einbringen könne.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, der Bundesbeauftragte für Antiziganismus Dr. Mehmet Daimagüler beabsichtige, eine Aufarbeitungskommission einzurichten, was aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten voraussichtlich erst 2025 umgesetzt werden könne. Diese Kommission solle interdisziplinär und partizipativ arbeiten. Die genauen Überlegungen dazu seien aber noch nicht abgeschlossen. Der Hamburger Senat beabsichtige, mit dieser Kommission zu kooperieren und habe schon erste Gespräche mit den Sinti- und Roma-Communitys dazu geführt.

Ein Vertreter der Sinti- und Roma-Communitys mahnte, die Art der Umsetzung genau zu durchdenken und nicht die Fehler aus der Vergangenheit zu wiederholen. Wichtig seien beispielsweise Ansprechpartner in jeder Behörde für kurze Wege. Er warnte auch vor Beratungsstellen, die lediglich die Funktion einer „Firewall“ hätten.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE bedankten sich für die beeindruckenden Schilderungen des Vertreters der Sinti- und Roma-Communitys, nach denen es schwerfalle, wieder in das politisch Alltägliche überzuleiten. Sie begrüßten die Gesamtstrategie, insbesondere wegen des vorausgegangen Beteiligungsprozesses. Sie empfänden die Bezeichnung „Antiziganismusstrategie“ allerdings als weniger glücklich, weil darin das „Z-Wort“ stecke. Eine Bezeichnung wie „Feindseligkeit gegenüber Sinti:zze und Rom:nja“ wäre besser gewesen. Wichtiger sei aber auch für sie die zentrale Forderung nach einem Staatsvertrag. Sie würden die Senatorin beim Wort nehmen, dass die Gründung des Hamburger Bundes der Sinti- und Roma-Verbände als eine Voraussetzung dafür nunmehr umgesetzt worden sei.

Vermissten lasse die Strategie allerdings Ausführungen zum Umgang mit Abschiebungen, bedauerten die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. Es sei zwar schon einmal ein Bleiberechts für 1.500 Familien geschaffen worden, was aber in erster Linie für die Sinti:zze gegolten habe. Ihrer Kenntnis nach gebe es viele Rom:nja, die von Abschiebung in Länder bedroht seien, in denen sie schwersten Diskriminierungen ausgesetzt seien und in die sehenden Auges abgeschoben werde. Angesichts der historischen Verantwortung hielten sie es für geboten, über die Neuauflage einer Bleiberechtsregelung nachzudenken und ein solches zu schaffen. Dies vorausgeschickt interessierte sie,

- wie der Senat die in der Strategie erwähnte Selbstreflexion der Verwaltung umsetzen wolle,
- wie eine Evaluation gestaltet werden solle und woran letztendlich ein Erfolg gemessen werde und
- warum Fortbildung und Sensibilisierung nur auf freiwilliger Basis wahrgenommen würden und nicht verpflichtend seien.

Sie baten auch zu schildern, wie sich aktuell die Situation am Georgswerder Ring gestalte und wie es dort nach Übernahme durch F&W Fördern & Wohnen (F&W) vorangehe, beispielsweise im Hinblick auf die Sanierung und das Angebot von Ansprechpersonen vor Ort. Wichtig sei im Übrigen eine gute Ausfinanzierung von Antidiskriminierungs- und Beratungsprojekten, denn ohne die sei eine gute Umsetzung der Strategie nicht möglich. Sie fragten, inwieweit dies seitens des Senats gewährleistet sei.

Die Abgeordneten der GRÜNEN ergänzten zur Selbstreflexion der Verwaltung, dass es bei Menschen, die den Sinti- und Roma-Communitys angehörten, oft Unsicherheiten gebe, ob sie beim Umgang mit dem Aufenthalts- und Bleiberecht von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung reservierter als andere Menschen behandelt würden. Sie hofften, das entsprechende Schulungsangebot werde diesbezüglich erfolgreich sein und Veränderungen herbeiführen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erwiderten, der Name der Strategie sei nach intensiven Diskussionen auch mit den Communitys letztendlich an die Strategie der unabhängigen Kommission des Bundes, auf die einige Ansätze strategisch aufbauten, angelehnt worden. Die Verwendung des Terminus Sinti und Roma statt Sinti:zze und Rom:nja sei auf Bitte der Communitys beibehalten worden.

Eine Vertreterin der Sinti- und Roma-Communitys unterstrich dies. Dies sei im Übrigen auch der auf internationaler Ebene gebräuchliche Terminus.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten weiter aus, zur Ausgestaltung der Selbstreflexion der Verwaltung befänden sie sich in Gesprächen unter Einbeziehung der Communitys, denn nur diese könne die Frage beantworten, ob Maßnahmen oder Formate des Senats erfolgreich seien. Angestrebt werde ein lernendes System, damit nichterfolgreiche Lösungen über das Partizipationsgremium ausgetauscht werden könnten. Die Frage nach verbindlichen Fortbildungen sei nachvollziehbar, aber die Erfahrung zeige, dass der Lernerfolg bei Menschen, die gegen ihren Willen dazu verpflichtet würden, eher gering sei. Im Fortbildungsportfolio bei der FHH sei eine Vielfalt von Themen im Angebot und darunter auch viele, die an Antirassismus und Antiziganismus adressierten und das sei gut so. Für die finanzielle Ausstattung von Projekten habe die Sozialbehörde selbstverständlich Geld hinterlegt, sie wollten für konkrete Aussagen hierzu aber die Haushaltsberatungen der Bürgerschaft abwarten.

Zum Georgswerder Ring korrigierten die Senatsvertreterinnen und -vertreter zunächst, dass die Grundstücke noch nicht an F&W übertragen worden seien, da die Verhandlungsprozesse zwischen der SAGA und F&W hierzu noch nicht abgeschlossen seien. Die Behörde strebe an, dies noch in dieser Legislaturperiode zum Abschluss zu bringen. Es stünden aber auch noch Überlegungen zur Entwicklung des dortigen Gewerbegebietes an. Gespräche zum Gesamtkomplex habe es zwischen vier Vertretern der Menschen, die dort lebten, der Staatsrätin und dem Bezirksamtsleiter vom Bezirk Hamburg-Mitte schon gegeben. Aktuell werde über die Gründung einer Genossenschaft nachgedacht. Um das zu verhandeln sei es jedoch notwendig, dass die Menschen vom Georgswerder Ring eine Gruppe von vier bis fünf Personen als feste Ansprechpartner für die weiteren Verhandlungen benenne und dies stünde als nächstes an. Das Thema Abschiebungen sei nicht Bestandteil der Senatsstrategie, weil dieses viele Fragen betreffe, die der Senat nicht selbst bewegen könne, wie zum Beispiel im Zusammenhang mit dem EU-Zuwanderungsrecht. Gleichwohl habe die zu diesem Thema gestellte Frage ihre Berechtigung.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE interessierte, woher das für eine Genossenschaft hinterlegte Geld herkommen würde.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erwiderten, auch F&W müsste Geld aufnehmen und insoweit sei dies kein Unterschied zur Genossenschaft. Bevor es zu einer Gründung käme, müsse aber das Konzept stehen, für das zunächst die Frage nach Art und Umfang der Bebauung zu erörtern sei.

Vertreter der Sinti- und Roma-Communitys merkten an, dass bestimmte Vorurteile gegen ihre Mitglieder etwas abgebaut worden seien, gleichwohl bedürften die von ihnen betreuten Geflüchteten immer noch eine intensive Unterstützung in Asylverfahren für die Ermöglichung eines Bleiberechts. Sie wünschten sich aber auch eine Initiative für eine gesellschaftliche Integration von geflüchteten Roma, die mittlerweile über zehn, 15 oder 20 Jahre in einer Kettenduldung lebten. Dies seien Menschen, die sich vielfach für die Freie und Hansestadt Hamburg eingebracht hätten und deren Kinder mittlerweile deutsch dächten.

Die Abgeordneten der GRÜNEN begrüßten, dass sich das Parlament in seiner Gesamtheit für die Erarbeitung dieser Strategie eingesetzt habe, um die Situation der Sinti und Roma zu verbessern. Bedauerlicherweise habe die Diskriminierung dieser Menschen eine lange Tradition und stereotype Vorurteile seien immer noch ein Problem. Zu den angesprochenen Kettenduldungen baten sie um eine Einschätzung, inwieweit der Chancenaufenthalt für langjährig Geduldete hilfreich sei oder ob es Hürden insbesondere für Roma gebe, die sie nicht davon profitieren ließen. Außerdem baten sie die Vertreterinnen und Vertreter der Sinti- und Roma-Communitys um eine Einschätzung zu den einzelnen in der Strategie aufgeführten und besonders relevanten Maßnahmen. Sie interessierte zudem, ob es aus Sicht der Communitys Maßnahmen gebe, für deren Umsetzung etwas besonders zu beachten sei.

Vertreterinnen und Vertreter der Sinti- und Roma-Communitys führten aus, es gebe seit Erweiterung der Europäischen Union (EU) nicht mehr so viele lange Kettenduldungen von Roma wie zuvor. Gleichwohl gebe es solche noch und aktuelle Zahlen

dazu könnten sie im Nachgang zur Verfügung stellen. Sie schilderten anschließend am Beispiel eines besonderen Einzelfalls, wie für die Gewährung eines Aufenthaltsrechts ein „Formalien-Ping-Pong“ entstehen könne. Solche besonderen Härtefälle seien in den 1980er-Jahren binnen einer Woche unbürokratisch auf direkten Wegen gelöst worden. Es sei eine der Hauptforderungen ihrer Communitys, wieder über kurze Wege mit den Behörden kommunizieren zu können, denn nur so könne dem Antiziganismus entgegengewirkt werden. Nach wie vor gebe es aber auch Menschen, die teilweise seit über 30 Jahren per Duldung in Deutschland lebten und immer noch keine Arbeitserlaubnis bekomme hätten, auch nicht mit Unterstützung von Beratungsstellen.

Vertreterinnen und Vertreter der Sinti- und Roma-Communitys beschrieben auch das Leid der Familien, wenn diese durch Abschiebungen auseinandergerissen würden. Die Strategie bezeichneten sie als ein Fundament, mit dem gearbeitet werden könne. Solange sich die Ziele aber auf Intentions- und Empfehlungsebene bewegten und es keine Verbindlichkeit gebe, seien die Menschen weiterhin vom guten Willen der Politik abhängig. Nach wie vor würden die Menschen aus den Sinti- und Roma-Communitys nicht auf Augenhöhe betrachtet und geringgeschätzt. Daran müsse gearbeitet werden, vor allem auch im Bereich der Bildung. Es gebe viele Beispiele in den Communitys, die bewiesen, dass sich bei der Schaffung von Zugängen zu Bildung binnen kürzester Zeit Erfolge eingestellt hätten. Es reiche nicht, nur Ideen für Maßnahmen zu entwickeln, sie müssten auch finanziert werden.

Ein Vertreter der Sinti- und Roma-Communitys betonte, es helfe auch nicht, Vertreterinnen und Vertreter der Sinti- und Roma-Communitys immer wieder einzuladen, deren Fachkompetenz in Gremien zu missbrauchen und sie anschließend wieder abzuservieren, damit Nicht-Sinti und -Roma als sogenannte Experten aufträten. Diese Geschehnisse ließen Respekt vermissen und seien gleichzeitig eine weitere Form von Diskriminierung und Rassismus und davon sei leider die Vergangenheit gekennzeichnet. Er würde sich deshalb nichts so sehr wünschen wie einen verbindlichen Staatsvertrag. Die Stadt sollte zwischenzeitlich gemerkt haben, dass die Menschen aus den Sinti- und Roma-Communitys verlässliche Partner seien. Er appellierte an die Senatorin persönlich, Menschen, bei denen Hoffnungen geschürt worden seien, nicht frustriert zurückzulassen. Bedauerlich sei auch, dass Menschen aus den Sinti- und Roma-Communitys im Bildungsbereich oft mit 500-Euro-Jobs abgespeist würden, obwohl sie häufig diejenigen seien, die bei schwierigen Fällen Probleme lösten und nicht die hochstudierten Sonderschulpädagogen. Bei diesen Gelegenheiten stelle er sich oft die Frage, ob dies gerecht sei. Andererseits seien viele Sinti und Roma für Ausbildungen gewonnen worden und hinterher könnten sie nicht arbeiten, weil nicht ausreichend Stellen geschaffen worden seien.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter bedankten sich für die Wortbeiträge, welche mit dem Ziel der Strategie einhergingen, dass Sinti und Roma zu ihrem Recht kämen. Besonders wichtig sei deshalb die Selbstreflexion der Verwaltung, aber auch die Frage, wie die Struktur für die Bereithaltung von Ansprechpartnern zu organisieren sei. Beides sollte im Partizipationsgremium – bald und vorrangig – besprochen werden.

Die CDU-Abgeordneten lobten, dass es den Sinti- und Roma-Communitys gelungen sei, ihren Hamburger Bund zu gründen. Diese Leistung sei zu würdigen, vor allem da die Communitys in der Vergangenheit nicht immer mit einer Zunge gesprochen hätten. Sie wünschten viel Erfolg auf dem Weg zu einer zurzeit vermutlich noch nicht vorhandenen Einheit. Sie begrüßten ausdrücklich auch, dass die Gesamtstrategie des Senats nunmehr vorliege. Dies könne allerdings nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem Staatsvertrag sein, denn erst dieser würde der Türöffner für einen Umgang auf Augenhöhe und Verbindlichkeit sein. Sie hofften, der Senat werde dies nun angehen und die Verhandlungen aufnehmen.

Die SPD-Abgeordneten betonten, ihrer Fraktion bedeute es sehr viel, nunmehr über die Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Antiziganismus diskutieren zu können. Sie bedankten sich für das großartige Engagement der Sinti- und Roma-Communitys für die eigenen Rechte. Sie selbst könnten nun alles in ihrer Kraft Stehende dafür tun, den Sinti und Roma zu ihren Rechten zu verhelfen und die Strategie mit Leben zu füllen. Sie fragten, welche Themenfelder schon angegangen worden seien.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erwiderten, das Partizipationsgremium sei dabei, die Umsetzung der Strategie vorzubereiten. Über Prioritätensetzungen sei noch keine Einigung erzielt worden. Sie hätten aber wahrgenommen, dass es als besonders wichtig angesehen werde, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Behörden zu schaffen. Sicherlich würden auch andere Diskussionsbeiträge dieser öffentlichen Ausschussberatung aufgegriffen und neu bewertet. In Richtung der CDU-Abgeordneten merkten sie an, dass die Qualität einer Strategie nicht daran zu messen sei, wie friedlich ein Arbeitsprozess gewesen sei. Es sei ganz selbstverständlich, dass es zwischen Partnerinnen und Partnern, die auf Augenhöhe miteinander kommunizierten, Auseinandersetzungen aufgrund unterschiedlicher Interessen gebe. Wichtig sei am Ende das Ergebnis und dies könne nur rund werden, wenn es zwischendurch Konflikte und Diskussionen gegeben habe. Andernfalls wäre es übergeholfen.

Vertreterinnen und Vertreter der Sinti- und Roma-Communitys unterstrichen dies, denn auch aus ihrer Sicht sei der Austausch von verschiedenen Sichtweisen wichtig. Gleichwohl betonten sie noch einmal die Notwendigkeit eines Staatsvertrages, um den Communitys Sicherheit zu geben. Dabei gehe es ihnen nicht um eine institutionelle Förderung, betonten sie. Vielmehr gehe es darum, die Communitys von der Abhängigkeit der jeweiligen Politikausrichtungen zu lösen und die rassistischen Ressentiments, unter denen die Sinti und Roma seit Jahrhunderten litten, zu durchbrechen. Wichtig wären aber auch der Abbau von bürokratischen Hindernissen, die Schaffung von flexiblen und effizienten Strukturen, klare Zuständigkeiten und die Definition von Verantwortlichen. Sie hofften, dass diese Ausschussberatung der Beginn in eine neue Zeit sei. Eine Umkehr brauche es zudem bei der Haltung der Medien gegenüber den Sinti und Roma, denn ohne deren Unterstützung seien Vorurteile in der Gesellschaft nicht zu beseitigen. Darüber hinaus bedürfe es einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit, des Abbaus von Sprachbarrieren, einer stärkeren Einbindung der Betroffenen, damit eine breitere Partizipation und Beteiligung gelinge. Außerdem müssten Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen die Strategie installiert werden. Sehr wichtig sei zudem die Schulung der Lehrkräfte für den Umgang mit den Sinti- und Roma-Kindern, die teilweise analphabetisiert in die Schule kämen oder nur die kyrillischen Schriftzeichen beherrschten, damit diese Kinder mitgenommen würden. Die Diskriminierung von Sinti- und Roma-Kindern beginne bereits im Kindergarten.

Der Vorsitzende bedankte sich bei den Vertreterinnen und Vertretern der Sinti- und Roma-Communitys für ihre Teilnahme und ihre Wortbeiträge zur Umsetzung eines bürgerschaftlichen Ersuchens in Form der vorliegenden Senatsstrategie und ermunterte diese, weiterhin aktiv zu bleiben. Es böte sich an, dass sich auch andere Ausschüsse – beispielsweise Innen- und Schulausschuss – mit dieser Strategie befassen; dies lasse sich wegen des absehbaren Endes dieser Legislaturperiode aber zurzeit nicht mehr umsetzen. Möglicherweise könnte dies in der nächsten Legislaturperiode im Rahmen eines Fortschrittsberichts oder zum Zwischenstand bei der Erarbeitung eines Staatsvertrages umgesetzt werden. Er werde der neuen Bürgerschaft mit auf den Weg geben, an diesem Thema dran zu bleiben.

III. Ausschussempfehlung

Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration empfiehlt der Bürgerschaft, von der Drs. 22/15346 Kenntnis zu nehmen.

Dr. Carola Ensslen, Berichterstattung